



CAUX

Initiativen der Veränderung

INFORMATION 1/05



«Good Governance»

- Demokratie, Werte, aktive Bürger
- Über Gewalt, Taktik und Toleranz
- Zwischen Profit und Verantwortung



Dieses Jahr behandeln die Sommerkonferenzen von Caux die Frage, wie der Graben zwischen Idealen und Praxis verkleinert werden kann. Gerne legen wir Ihnen das allgemeine Programm bei; weitere Angaben erhalten Sie über unsere Adresse beim Konferenzsekretariat und über confsec@caux.ch

«Good Governance» – gute Geschäfts- und Regierungsführung

■ Demokratie, Werte, aktive Bürger 3–7

USA: 50 Jahre Bürgerrechtsbewegung, und jetzt? 5–6

Ukraine: Wahlen direkt miterlebt 7

■ Über Gewalt, Taktik und Toleranz

Persönliche Erinnerungen an Mahatma Gandhi 8–9

■ Zwischen Profit und Verantwortung

Glauben und Finanz: Heikle, aber offene Gesprächsrunde in Genf 10–11

Stiftungspräsident Bernard de Riedmatten am CRT Wirtschaftsdialog in Japan 11

Persönlich

George Daneel, ein Pionier der Veränderung Südafrikas 12–13

Für Sie gelesen

Diplomatie im Dienste der Menschlichkeit, Jürg Bischoff im Gespräch mit Cornelio Sommaruga 14

Zum Thema Globalisierung – zwei Bücher, zwei Blickwinkel 14–15

Im Medienspiegel

Kanada, Norwegen, England 15

In Kürze...

Neujahrskonferenz 2004/05 in Caux zum Thema Europa verstehen, Europa leben 16

Zum Vormerken

April 2005: «Immigration» – Podiumsgespräch in Luzern 16

Liebe Leserin, lieber Leser

Immer mehr interessiert sich die breite Öffentlichkeit für die Art, in der verschiedene Länder ihre Wahlen durchführen. Lokal und international anerkannte Wahlbeobachter/innen werden ausgebildet und kommen immer häufiger zum Einsatz. Wie ein öffentliches oder wirtschaftliches Gemeinwesen qualitativ gesehen funktioniert, lässt kaum jemanden mehr kühl. Während wir diese Ausgabe redigieren, sind wichtige öffentliche Vorgänge in der Ukraine und in Irak im Gange. So wird der Umgang mit Finanzen, Rohstoffen und der Umwelt je länger, je mehr ein Anliegen aller. Das ist positiv und auch dringend notwendig, wenn die von den Mitgliedstaaten der UNO definierten Millennium-Entwicklungsziele, die Halbierung der Weltarmut bis 2015, erreicht werden sollen.

Bei der Suche im Internet ist das Fremdwort Good Governance (gute Geschäfts- od. Regierungsführung) 1,5 Millionen Mal zu finden. Was ist mit diesem Begriff gemeint? Im Online-Verwaltungslexikon lesen wir: «Das Governance-Konzept will über Verhaltenskodices (Leitlinien) «gutes», d.h. gesellschaftlich verantwortliches und faires Management bzw. Regieren und Verwalten fördern. Die Prinzipien verantwortlichen Handelns werden definiert und publiziert. Damit können sie über gesellschaftliche Prozesse wirksam werden, einerseits durch Selbstverpflichtung der Adressaten, die öffentliche Rechenschaftslegung über die Einhaltung, oder dadurch, dass sie zur Voraussetzung für Fördermassnahmen oder die Zusammenarbeit gemacht werden. Adressaten können private Unternehmungen ebenso wie Einrichtungen der öffentlichen Hand und Regierungen sein. Die Prinzipien umfassen nicht nur eigenes Handeln, sondern auch die aktive Einbeziehung der Aussenwelt.» (Quelle: <http://www.olev.de/g.htm>)

Dieses gestiegene Interesse an «verantwortlichem Handeln» ist die Antwort auf ein Jahrzehnt voller unangenehmer Überraschungen aller Art in Politik und Wirtschaft. Es besteht die Chance, von Fehlern zu lernen. Glaubwürdigkeit ist je länger, je mehr gefragt. Der Titel der bevorstehenden Caux-Konferenzen 2005: «Ideale und Praxis – den Graben verkleinern», umreisst mit fünf Schwerpunkten das Angebot der Initiativen der Veränderung in diesem Jahr. Wir freuen uns, das diesbezügliche Programm zur weiterführenden Information hier beizulegen.

Gute Lektüre! Beste Wünsche für 2005 sendet Ihnen im Namen des Redaktionsteams



Titelbild: Abstimmung im Strassburger Europaparlamentssaal

A. Jung

Demokratie, Werte, aktive Bürger

nsy. In ihrer sogenannten Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 betonten die Vereinten Nationen, dass sie keine Mühe scheuen werden, «um die Demokratie zu fördern und die Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung aller international anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten ... zu stärken». Die drei Begriffe Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit scheinen hier eng miteinander verknüpft zu sein. Doch welche Rolle spielt Demokratie für die Einhaltung bestimmter Werte und Rechtsnormen, und welche Rolle nimmt der einzelne Staatsbürger dabei ein?

Wie wichtig die Demokratie in unserem heutigen Wertesystem ist, sieht man daran, dass sie implizit in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948 festgehalten und somit als ein fundamentales und unveräusserliches Recht angesehen wird. Im Artikel 21 steht: «der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch regelmässige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen».

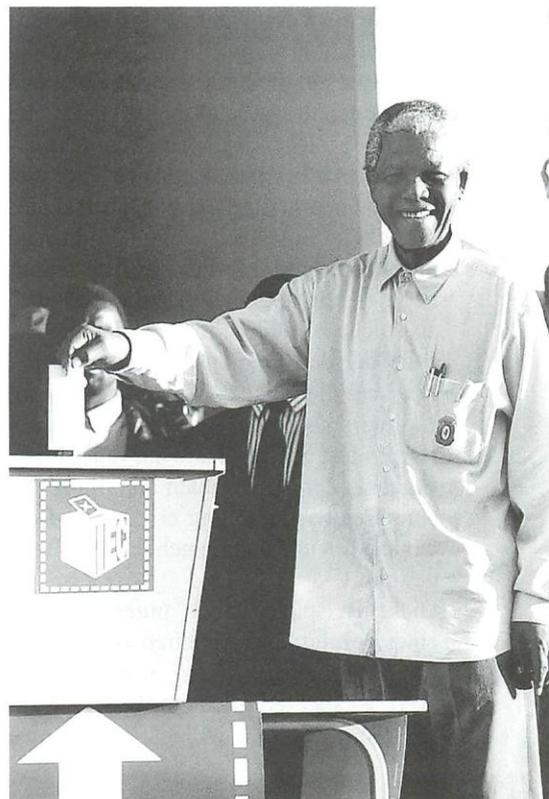
Umgekehrt spielt die Demokratie als Staatsform eine wichtige Rolle beim Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse betonte im Jahre 2003 in seiner Rede «Vom Sowjetkommunismus zur parlamentarischen Demokratie» in der Ukraine, dass es keine Staats- und Regierungsform als die Demokratie gebe, «die eine grössere Garantie der persönlichen Freiheit, der individuellen und sozialen Menschenrechte bieten kann». Thierse begründet seine Aussage damit, dass eine demokratische Regierung sozusagen «von Volkes Gnaden» eingesetzt ist und somit den Auftrag erhält, die Bürger, die sie gewählt haben, samt ihren Freiheiten und Rechten zu schützen.

Trotz aller Vorzüge der Demokratie sollten wir nicht vergessen, dass diese keine Garantie für eine «bessere Welt» liefert. Dass man sie auch nicht einfach herbeizaubern, erzwingen oder gar herbeibomben kann, ist der weltweiten Öffentlichkeit spätestens seit den Irakkriegen und deren Folgen bewusst geworden.

Sache des Volkes

Wahlen sind die einfachste und zugleich wichtigste Form politischer Beteiligung in einer Demokratie, denn sie geben, als Ausdruck des Willens eines Wahlvolkes, einer Regierung erst ihre Legitimation. In den vergangenen zwei Jahren waren die Menschen in Europa und in der westlichen Welt Zeugen einiger wichtiger Wahlen. In den Medien konnte man zum Beispiel die erstmals in 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführten Wahlen des Europaparlaments oder auch die zum Medienspektakel degradierte Wahl des US-Präsidenten verfolgen, um nur einige zu nennen. Sie zeugten alle davon, dass das Wählen, als Ausdruck der Selbstbestimmung eines Volkes gedacht, heute meistens nichts Ungewöhnliches ist und zur «allwähljährlichen» Routine eines demokratiebewussten Bürgers zählt.

Doch besonders in jungen Demokratien kam es bei Wahlen auch in der jüngsten Vergangenheit zu Unregelmässigkeiten, die immer wieder zu dramatischen Entwicklungen führten.



Das Wählen, ein hoch symbolischer Akt, den auch Nelson Mandela mit Stolz ausführt.

So wurde zum Beispiel im November 2003 in Georgien das Regime von Eduard Schewardnadse durch einen von jungen Reformpolitikern initiierten friedlichen Volksaufstand von der Macht verdrängt. Unter der Führung des Oppositionsführers Micheil Saakaschwili hatten oppositionelle Demonstranten den Sitzungssaal des georgischen Parlaments gestürmt und vertrieben so den illegitimen Präsidenten. Die Parlaments-

Impressum

Redaktion

Marianne Spreng-von Orelli (mso)
Christoph Spreng (cbs)
Norman Sydow (nsy)

Administration und Redaktion

Postfach 4419, CH-6002 Luzern
Telefon 041 311 22 13, Fax 041 311 22 14
E-Mail: redaktion@caux.ch

Abonnement

Schweiz: CHF 32.- / Euro-Zone: € 25.-
übrige Länder: CHF 37.-

Postkonten

Schweiz: 60-27255-8, Caux-Information
6002 Luzern
Deutschland: 2032-751 Postbank Karlsruhe
BLZ 66010075, Caux-Information,
CH-6002 Luzern

Erscheinungsweise

viermal jährlich

Druck

Brunner AG, Druck und Medien, 6010 Kriens

Fotos: Archiv, EP, Hommes de Parole, Ishida,
Leggat, Oikumene, Spreng, Sydow.

präsidentin Nino Burdschanadse übernahm ad interim die Präsidentschaft bis zur Durchführung von Neuwahlen im Januar 2004.

Bekanntlich erlebte die Ukraine kürzlich einen ähnlichen Prozess. Auch hier löste der Vorwurf des Wahlbetrugs eine Tage andauernde Protestwelle aus, die Tausende Bürger auf die Strassen trieb. In einem der Redaktion geschriebenen Brief der Caux nahestehenden Menschenrechtsaktivistin Anya Borzakovskaya aus der Ukraine beschrieb diese die Situation als «friedlich und doch voller Enthusiasmus». Sie schrieb: «Ich bin froh Ukrainerin zu sein und ich bin stolz mich auch als solche zu fühlen! Ich bin glücklich so nahe bei den Demonstranten zu sein... Wir sind die Nation! Eine echte Nation! Und wir haben eine Bürgergesellschaft.» Der Protest in Kiew hatte das umstrittene Ergebnis der Stichwahlen annulliert und eine Wahlwiederholung erreicht, die die Opposition und somit auch das Wahlvolk gewann.

Diese Beispiele haben unter anderem eines gezeigt: Das Abhalten von Wahlen hat zwar einen hohen symbolischen Wert, ist aber lediglich ein Werkzeug zur Erfassung des Volkswillens, der erst eine



Demokratiekundgebung in St. Petersburg

Regierung legitimieren kann. So ist die Demokratie, nach den Worten des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln, «die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk».

Aktive Bürger und Sozialkapital

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, auch wenn sie de facto auf dem Papier existiert. Der ehemalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, sagte in diesem Zusammenhang:

«Demokratie... ist kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.» In diesem Sinne ist Demokratie kein punktuelles Ereignis, das alle Wahljahre stattfindet. Sie ist auch nicht als Zustand zu verstehen, sondern vielmehr als ein Prozess, in dem Menschen sich tagtäglich für sie einsetzen und eine gesellschaftliche Grundlage schaffen, die für eine erfolgreiche Demokratie besonders wichtig ist. Eine bedeutende Rolle spielt hierbei die sogenannte Bürger- oder Zivilgesellschaft.

Eine funktionierende Bürgergesellschaft gibt einer Gesellschaft durch ihre aktive Teilnahme am öffentlichen Leben die Fähigkeit zur sozialen Vernetzung. Dieses Schlüsselmerkmal zur Bildung von Gemeinschaften bezeichneten die amerikanischen Soziologen James Samuel Coleman und Robert Putnam als «Sozialkapital». Wichtig dabei ist, dass Sozialkapital erst durch gesellschaftliche Selbstorganisation entsteht, und zwar

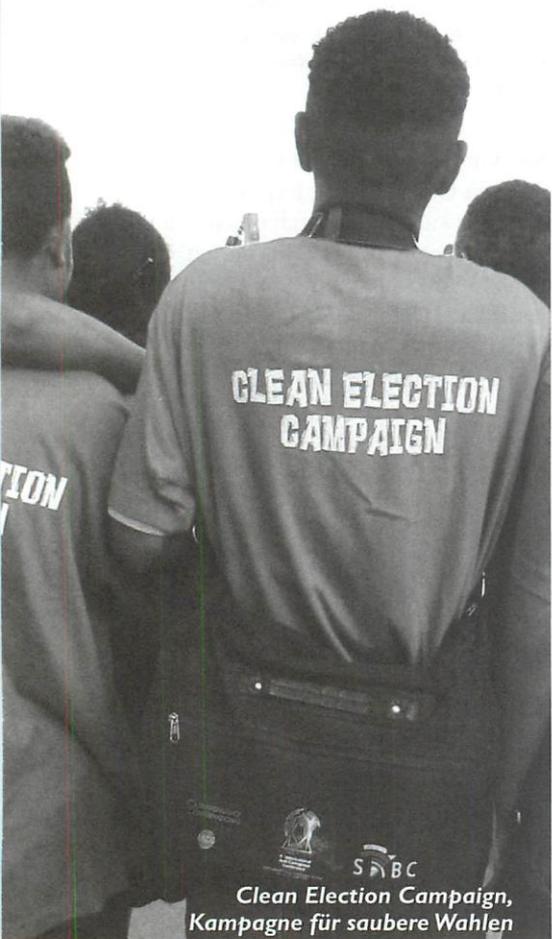
unabhängig vom Staat und ausserhalb des Marktes. Weiter entsteht beim Generieren von Sozialkapital Vertrauen in übergeordnete Netzwerke und Institutionen, was eine Demokratie festigen kann.

Eine gesunde Demokratie bedarf also einer schützenden Struktur von «oben», aber auch der (bürger-) gesellschaftlichen Entwicklung von «unten», welche kontrolliert und die Akzeptanz für das ganze Gebilde schafft. Dieser Prozess benötigt Zeit und muss von der jeweiligen Gesellschaft selbst getragen werden.

Feldarbeit ist gefragt

Auch aus der Arbeit der Initiativen der Veränderung sind zahlreiche bürgerschaftliche Bemühun-

«Demokratie... ist kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden. Demokratie ist kein punktuelles Ereignis, das alle Wahljahre stattfindet. Sie ist auch nicht als Zustand zu verstehen, sondern vielmehr als ein Prozess, in dem Menschen sich tagtäglich für sie einsetzen...»



Clean Election Campaign, Kampagne für saubere Wahlen

50 Jahre Bürgerrechtsbewegung in den USA

Ist die Rassendiskriminierung heute überwunden?

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Hannibal B. Johnson zieht Bilanz...

In der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika wird festgehalten, dass alle Menschen gleich sind. Doch die Bezeichnung «alle» stand lange Zeit nicht wirklich für Menschen im Allgemeinen, sondern für alle Menschen weisser Hautfarbe. Seit Beginn der Bürgerrechtsbewegung haben die USA versucht, ihr Verhalten mit ihren hohen Idealen in Einklang zu bringen. Doch nirgendwo ist die Diskrepanz zwischen Prinzipien und deren Umsetzung grösser als bei den ärmeren Bevölkerungsschichten, insbesondere bei den Afroamerikanern.

gen entstanden, die unter Einbezug der jeweiligen kulturellen Rahmenbedingungen arbeiten. Auf dem Gebiet der demokratischen Bildung setzt sich zum Beispiel das Programm *Foundation for Freedom* in den postsozialistischen Transformationsländern dafür ein, das Machtvakuum, welches nach dem Zusammenbruch des Sowjetregimes entstanden ist, mit moralischen und geistigen Werten einer freien Gesellschaft aufzufüllen. Es unterstützt somit die Demokratisierungsbewegung in Mittel- und Osteuropa.

In Afrika versucht das Projekt *Clean Africa Campaign* in verschiedenen Ländern eine neue Führungsschicht auszubilden und zu unterstützen. Durch die mehrjährige Erfahrung der *Clean Election Campaign* in Kenia, Ghana, Nigeria und Sierra Leone verfügt diese Organisation über ein breites Wissen, welches sie durch Schulungen an Führungskräfte weiterzugeben versucht (siehe *Caux-Information* 1/04 S. 12).

Diese Initiativen zielen alle darauf, Führungskräfte oder sogenannte Multiplikatoren zu entdecken und auszubilden, um ihnen zu ermöglichen, Veränderungen im eigenen Land herbeizuführen. Bei einem solchen langwierigen Prozess geht es nicht darum, zu versuchen, westliche Werte, Strukturen und Vorstellungen durchzusetzen, sondern darum, den Menschen aus den jeweiligen Ländern zu ermöglichen, eine eigene, nachhaltige Form des Sozialkapitals zu generieren und so das Fundament ihres eigenen Staates zu stärken. Die Geschichte hat bewiesen, dass Demokratie kein Exportprodukt ist, sondern in einem Prozess von innen heraus unter Einbeziehung des kulturellen Umfeldes wachsen muss. Oder wie Mahatma Gandhi (siehe auch *den Text Zum Nachdenken*) einmal sagte: «Der Geist der Demokratie kann nicht von aussen aufgepfropft werden. Er muss von innen heraus kommen.»



Zeitungsausschnitt zum Fall Brown

Das Jahr 2004 war der 50. Jahrestag des Entscheids des obersten Gerichtshofs im Fall «Brown gegen die Erziehungskommission». In diesem Streitfall, der zu einem Meilenstein der Bürgerrechtsbewegung wurde, verklagte Oliver L. Brown die Erziehungskommission von Topeka in Kansas, weil diese seine Tochter Linda nicht auf eine «weisse» Schule zulassen wollte. Mit dem Entscheid zu Gunsten Browns nahm der Kampf gegen die Rassendiskriminierung feste Formen an und löste eine Reihe von Klagen gegen andere staatliche Schulen in Kansas, Delaware, South Carolina und im District of Columbia aus...

Heute schaffen finanzielle Unterschiede und unterschiedliche Lebensweisen eine neue Form der Rassentrennung. Schulen mit einem hohen Anteil an ethnischen Minderheiten weisen oft eine höhere Armutsrate auf, bekommen weniger staatliche Mittel und haben meistens auch schlechtere Ergebnisse bei standardisierten und sogenannt objektiven Evaluationen.

Nichtsdestotrotz verursachte Oliver L. Brown einen Paradigmenwechsel in der

amerikanischen Gesellschaft. Es veränderte für immer die gesellschaftspolitische Landschaft, da das von ihm erwirkte Gerichtsurteil das Ende der «legalen» und offiziellen Rassendiskriminierung einleitete.

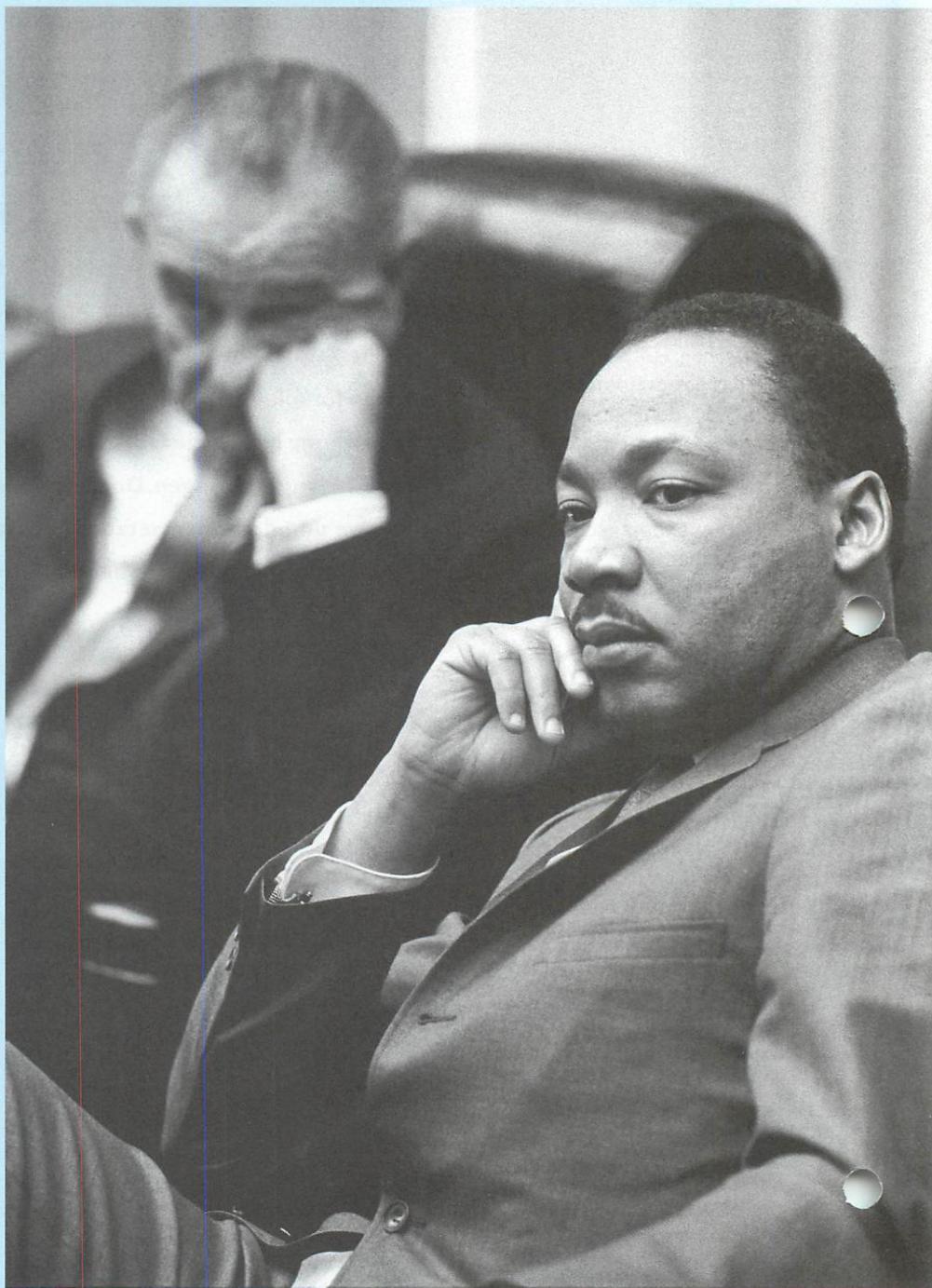
Die heutige Herausforderung

Nach 1954 ging es Schlag auf Schlag: eine Welle von Protesten, Konflikten und gar Märtyrern trieb Gesetzesänderungen voran. Martin Luther King Jr. gab einer ganzen Bewegung eine Stimme und wurde zur Ikone der Bürgerrechtsbewegung. Er und seine Anhänger forderten die Vereinigten Staaten auf moralischem Terrain heraus. Sie verlangten Respekt, zogen die Aufmerksamkeit der Welt auf sich und veränderten ein ganzes Land. Kings kometenhafter Aufstieg wurde abrupt gestoppt, als er mit 39 Jahren am 4. April 1968 in Memphis erschossen wurde.



Hannibal B. Johnson ist Autor, Rechtsanwalt und Berater spezialisiert auf dem Gebiet der Rassenfragen, der menschlichen Beziehungen und des Non-Profit-Managements. Er ist Berater und Mitarbeiter des von *Initiativen der Veränderung* lancierten Programms «Hope in the Cities».

**Martin Luther King Jr.
im Weissen Haus in
Washington, DC mit
US-Präsident Lyndon B.
Johnson im Hintergrund**



Sein Tod schockierte die Welt und löste in den grossen amerikanischen Städten Unruhen aus. Die aufgebrachten Afroamerikaner liessen lang unterdrückter Enttäuschung und Wut freien Lauf.

Obwohl die «weisse» Bevölkerungsschicht immer noch die wichtigen Ämter der Macht in den Vereinigten Staaten besetzt, ist der Aufstieg der Afroamerikaner, gemessen an den Sozialindikatoren wie Bildung und Besetzung öffentlicher Ämter, unverkennbar. Um den Graben weiter zu schliessen müssen sich alle Amerikaner zu ihrer vom Rassismus geprägten Vergangenheit bekennen und weiter kreativ an der Richtigestellung und

Versöhnung dieser Vergehen arbeiten. Es ist dringend notwendig, die Ursprünge von Vorurteilen und rassistisch bedingten Privilegien im Alltag dingfest zu machen und zu analysieren, um auch andere in diesen Prozess einzubinden und voneinander zu lernen. Ein weiterer Schritt ist die Realisierung von Projekten und die Unterstützung von Organisationen, die den Kampf gegen Vorurteile, Intoleranz und Rassendiskriminierung vorantreiben. Auch die stetig wachsende Gruppe der lateinamerikanischen Einwanderer stellt die amerikanische Gesellschaft vor neue Probleme sowohl in kulturellen als auch in sprachlichen Belangen sowie in Migra-

tionsfragen. Ausserdem ist der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei den unqualifizierten Arbeitskräften allzu oft Auslöser von Spannungen, die durch Rassenzugehörigkeit ausgedrückt werden. Die grösste Herausforderung liegt darin, die unterschiedlichen Teile der amerikanischen Gesellschaft geschickt zusammenzubringen und ihre Gemeinsamkeiten zu stärken.

Um es in den Worten eines afroamerikanischen Vorfahren auszudrücken: «Die Dinge sind nicht, wie sie sein sollten. Die Dinge sind auch nicht, wie sie sein werden. Aber Gott sei Dank sind sie nicht mehr, wie sie waren!»

Interview mit einem Bürgerrechtsaktivisten

Wahlen in der Ukraine

Kostyantyn Plosky ist Vorsitzender des «Zentrums für politische Bildung» (Center for Political Education CPE), einer parteiunabhängigen ukrainischen Nichtregierungsorganisation. Das CPE setzt sich für politische Bildung sowie ein ehrliches und transparentes Wahlsystem in der Ukraine ein und möchte insbesondere Jungwähler für demokratische Belange sensibilisieren.

Seit drei Jahren ist Kostyantyn Plosky Mitglied des Organisationskomitees der Caux-Sommerkonferenz «Zu verantwortungsbewusstem Dienen und Führen befähigen» und ist während dieser Konferenz Koorganisator des «Forums Junger Politiker», an dem politisch interessierte Studenten und Aktive aus aller Welt teilnehmen. Thema des diesjährigen Forums war «Die ethischen Grundlagen von Wahlen».

Herr Plosky, was war die Rolle des CPE bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine?

Das CPE hat in Zusammenarbeit mit dem International Republican Institute der US-Republikaner die Ausbildung von Wahlbeobachtern in der Ukraine übernommen. Im September und Oktober 2004 wurden Schulungen in 66 Wahlbezirken durchgeführt und über 4000 Teilnehmer ausgebildet.

Ausserdem unterstützte das CPE die Initiative «Jugend und Wahlen», bei der mehr als 20 000 Jungwähler an verschiedenen Aktionen in über 15 Regionen der Ukraine teilnahmen. Diese Initiative hatte zum Ziel, junge Leute zum Wahlgang zu ermuntern, und wurde von zahlreichen Bürgerinitiativen unterstützt.

Die weltweite Öffentlichkeit wurde Zeuge der Vorgänge rund um diese Wahlen und vernahm hauptsächlich Meldungen über Unregelmässigkeiten. Welche Beobachtungen konnten Sie machen?

Es gab mehrere Faktoren, welche die Wahlen in der Ukraine beeinflusst haben. Zum einen wurde meist über die Medien versucht, die Öffentlichkeit durch Falschmeldungen und irreführende Informationen zu manipulieren, welche in erster Linie die Kandidaten

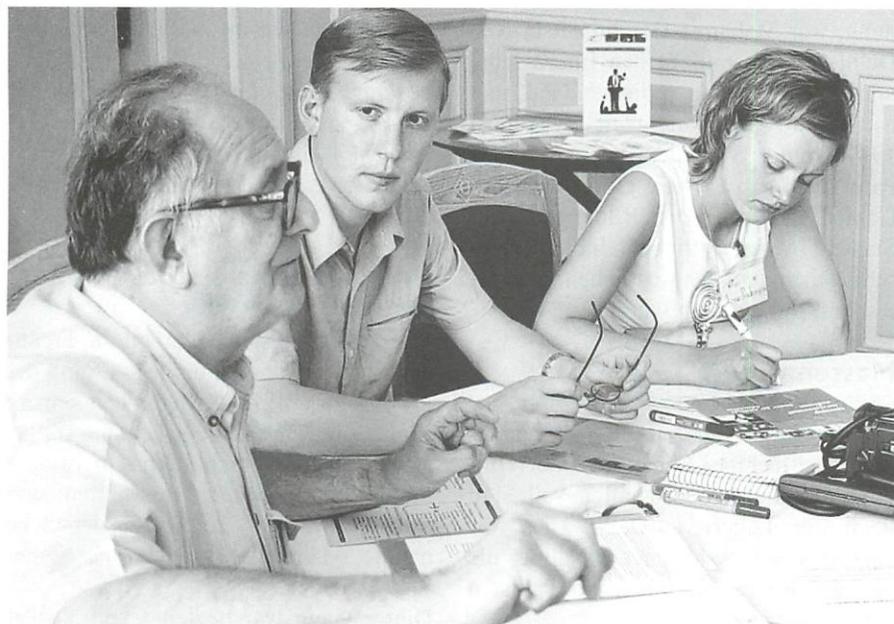
der Opposition betrafen. Weiter wurde durch Regierungsanhänger auf die Wahlkommissare und Wahlbeobachter Druck ausgeübt. Auch rund um die Wahllisten kam es zu einer Reihe von Verstössen, insbesondere beim Ausstellen von Dokumenten, die es den Wählern erlauben, in fremden Wahlbezirken abzustimmen. Zu guter Letzt sind bei der Stimmenausschüttung diverse Manipulationen durch verschiedene Kommissionen bekannt geworden.

Wie sieht in Ihren Augen die Zukunft der Ukraine aus? Welche Rolle werden Russland, Westeuropa und die EU dabei einnehmen?

Die führenden Köpfe der Opposition sind keine «neuen» Politiker. Sie waren schon zu unterschiedlichen Zeitpunkten Mitglieder der Regierung. Sie gehörten aber nie zu den überzeugten Anhängern der sowjetischen Form der Verwaltung und der Politik. Sie werden deshalb mehr Medienfreiheit, eine grössere Transparenz und Verantwortung in das ukrainische Politsystem und in die öffentliche Verwaltung bringen. Wir Ukrainer erwarten auch, dass das Verhältnis zu Russland, Westeuropa und der EU geklärt wird und dass die wirklichen Interessen der Ukraine die Aussenpolitik des Landes bestimmen.

Wie wichtig ist in Ihren Augen die Rolle der Bürgergesellschaft in der heutigen Ukraine?

Die Bürgergesellschaft nahm schon im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 eine wichtige Funktion ein. Sie gab einerseits der Wählerschaft die nötigen Informationen über den Wahlvorgang und versuchte andererseits die Wähler zu überzeugen, dass jede Stimme wichtig ist. Durch ihre aufklärerische Arbeit erhöhte die Bürgergesellschaft ausserdem das Bewusstsein der Wähler für Verstösse rund um die Wahlen. Ich glaube, dass sie in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der Staatsaktivitäten einnehmen wird. Sie könnte zusätzlich auch besonders wichtig für die kulturelle Integration der verschiedenen und sehr unterschiedlichen ukrainischen Regionen sein.



Kostyantyn Plosky am Seminar für Jungpolitiker in Caux 2002 während eines Vortrages von Cornelio Sommaruga

Der Kampf gegen den Terrorismus und die Ethik Gandhis

Über Gewalt, Taktik und Toleranz

Der Autor und Dozent Rajmohan Gandhi hielt Ende Oktober einen Vortrag an der *University of Notre Dame*, Illinois, USA. Unter dem Titel: «Der Kampf gegen den Terrorismus und die Ethik Gandhis», brachte er persönliche Erinnerungen vom Einsatz seines Grossvaters Mahatma Gandhi ein, kommentierte die Rolle der Vereinigten Staaten in der heutigen Welt und schloss mit Kernaussagen eines muslimischen Mitstreiters seines Grossvaters, des Paschtunen Khan Abdul Ghaffar Khan.

In den hier vorliegenden Auszügen beschränken wir uns auf den ersten Teil des Vortrags. Die zum Teil anekdotische Schilderung aus der Aufbruchzeit zur Unabhängigkeit Indiens wirft ein besonderes Licht auf die Frage der Regierungsführung.

Im Sommer 1942, als ich knapp sieben Jahre alt war, verbrachte ich einige Tage mit meinen Grosseltern in ihrem Aschram in Sevagram in Zentralindien. Kurz danach wurden sie inhaftiert und ich konnte Grossmutter nur noch einmal kurz vor ihrem Tod besuchen. Als Mahatma Gandhi 1944 aus der Haft entlassen wurde, reiste er durch Indien und nahm an Unabhängigkeitsverhandlungen und -kampagnen teil. Er war ebenfalls mit der Schlichtung der aufflammenden Konflikte zwischen Hindus und Muslimen beschäftigt. Diese Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt im August-September 1947, als gegenseitige Massenmorde das Leben einer halben Million oder von mehr Menschen forderten.

«... Es handelte sich um meinen leiblichen Bruder. Aber heute mache ich keine solchen Unterschiede mehr, heute seid ihr alle [Hindus und Muslime] meine Blutsbrüder.»

Nach seiner Freilassung hatte er kein eigenes Zuhause mehr, wo er mit seinen Enkeln hätte spielen können. Auch hatte er nun viel mehr Enkel als die Kinder seiner vier Söhne. Er wurde nicht bloss Vater der Nation genannt, er war tatsächlich täglich in Kontakt mit vielen Menschen, die ihn um Rat, Trost oder Hilfe baten. Als Kinder seiner Söhne hatten wir nie das Gefühl, er gehöre – exklusiv oder vor allem – uns.

Zwischen dem Sommer 1946 und dem 30. Januar 1948, dem Tag seiner Ermordung, war Mahatma Gandhi oft in Neu Delhi, wo ich mit meinen Eltern lebte und zur Schule ging. Indien und Pakistan hatten ihre Unabhängigkeit im August 1947 erlangt. Vor allem in der Provinz Pandschab gab es viele Opfer, weil das Gebiet als Folge der Bildung zweier Staaten in den östlichen, Indien zugeschlagenen, und den westlichen, pakistanischen Teil getrennt wurde.

Massenmorde

Hunderte und Tausende aus Westpandschab geflüchtete Flüchtlinge der Hindu- und Sikh-Gemeinschaften weilten in verarmten Lagern in Delhi. Dies war auch das Schicksal jener Muslime, die aus der Region Delhis nach Pakistan geflüchtet waren.

Ein Teil des Zornes dieser Flüchtlinge war auf Gandhi gerichtet. Dieser Vater

der Nation hatte weder die Teilung (*Partition*) noch die Massenmorde verhindert. Zornige Hindus oder Sikhs kamen zu Gandhi und seinen Mitarbeitern und machten ihren Gefühlen Luft. Diese waren im Gästequartier einer grossen Villa des Industriellen G.D. Birla untergebracht, der schon seit Jahren zu Gandhis Gönnern zählte. Andere kamen, um an den täglichen Gebetsversammlungen um 17.00 auf dem Rasen des Birla-Hauses teilzunehmen.

Mit meinen Eltern und Geschwistern gingen auch wir an diese Versammlungen, die aus einer Dreiviertelstunde Lesungen und Gebeten verschiedener Glaubenstraditionen bestanden, gefolgt von zwei Minuten stiller Meditation und einer kurzen, 15–20-minütigen Rede Gandhis.

«Wir, die Spazierstöcke»

Von seinen engsten Mitarbeitern, Freunden und Verwandten umgeben, ging der 78-Jährige etwa 170 Meter von seinem Zimmer bis zum Gebetsplatz und stützte sich dabei auf die Schultern seiner Enkelinnen, Enkel oder Grossneffen und -nichten, die er seine Spazierstöcke nannte. Manchmal war ich einer seiner Spazierstöcke.

Dieser Gang war begleitet von Neckereien und Gelächter, doch einmal am Platz angelangt wurden Mahatma Gan-



An einer Gebetsversammlung in Indien (im Bild: Sabarmathi Ashram, 1988). Autor Rajmohan Gandhi ist im inneren Kreis links oben dabei.

dhi und wir alle ganz still. Er stieg auf die kleine, niedrige, von handgewobenem Baumwolltuch überzogene Bühne und sass den Hunderten von Mitbetenden gegenüber. Diese kleine Bühne diente als landesweites Klassenzimmer, während die Versammlungen vom staatlichen Radio ins ganze Land übertragen wurden.

Ein guter Teil der Versammelten gehörte zu jenen Flüchtlingen, deren volle, manchmal mit Zorn vermischte Aufmerksamkeit auf Gandhi konzentriert war. Dies war auch für mich als 12-Jährigen wahrnehmbar und ich fragte mich, ob sie wohl meinen unbeschützten Grossvater tätlich angreifen würden. Er hatte keine Leibwächter und ich überlegte mir, was ich allenfalls tun sollte.

Oft sass ich neben oder nahe hinter ihm auf dieser kleinen Bühne und hatte eine gute Sicht über die Anwesenden. Die meisten waren zuneigungs- und respektvoll gegenüber Gandhi, doch kamen beim Lesen aus dem Koran – es war jeweils das erste, kurze Kapitel *Al-Fatihah* – zum Teil zornige Reaktionen auf.

Proteste

Einer oder mehrere junge Männer erhoben sich manchmal und sagten: «Kein Koran!», denn im Namen des Korans sei gemordet worden. Gandhi sollte diese Lesung aus der Gebetsstunde streichen.

Mein Grossvater hörte den Protesten geduldig zu, lobte die einen, wenn sie ihr Anliegen vernünftig kundtaten, oder pries andere, die dem Einwand gegenüber höflich reagierten, und fragte die Versammelten, ob sie mit dem Einwand einverstanden seien. Wenn diese den Antrag ablehnten, bat er die Antragsteller, die Mehrheit zu achten und ihre Forderung zurückzunehmen. Manchmal geschah dies, manchmal nicht.

Wenn die Forderung beibehalten wurde, antwortete Gandhi, dann würden auch die anderen Gebetslesungen weggelassen, und ging direkt über zu seinem Kurzvortrag. So wurde die Gebetsstunde zum Unterricht in Toleranz und auch in taktischem Vorgehen.

So nahe dabei sitzend, ihn und die Teilnehmenden beobachtend, beeindruckten mich die Gelassenheit und der Mut meines Grossvaters. Eine Lektion, die er mir nicht in einer gemütlichen, grossväterlichen Plauderei erteilte, sondern indem er sich selbst treu blieb inmitten von Hass und Zorn.

Damals und heute

Erlauben Sie mir noch einige Momentaufnahmen, die nicht aus dem Gedächtnis, sondern aus Nachforschungen stammen. Sie zeigen, wie Gandhi versuchte, Hass und Intoleranz anzupacken. Diese Momentaufnahmen sind vielleicht für

Orte wie Irak, Palästina und Kaschmir relevant. Hier folgt, was Gandhi sechs Wochen vor der Unabhängigkeit auf der kleinen Bühne des Gebetsplatzes sagte: «Gestern fragte jemand, was wir mit einem verrückten Hund tun sollten, ob wir ihn nicht abtun sollten.» (*Wie Sie erraten können, war in der Frage sinngemäss enthalten, dass einige Muslime wie verrückte Hunde seien und vernichtet werden sollten.*) «Die Frage war, was mit einem verrückt gewordenen Menschen zu tun sei. Als ich etwa zehn Jahre alt war, erkrankte einer meiner Brüder geistig. Er wurde dann geheilt, heute lebt er nicht mehr. In manischen Anfällen lief er herum und schlug jedermann. Was sollte ich tun, ihn schlagen? Sollten meine Eltern ihn schlagen? Ein Arzt wurde aufgeboden. Ihm wurde aufgetragen, er solle ihn irgendwie ohne Gewaltanwendung behandeln. Es handelte sich um meinen leiblichen Bruder. Aber heute mache ich keine solchen Unterschiede mehr, heute seid ihr alle [Hindus und Muslime] meine Blutsbrüder. Wenn ihr alle euren Verstand verlieren würdet und ich hätte eine Armee zur Verfügung, meint ihr, ich sollte euch erschiessen lassen?»

Aber jemand, der Hindus und Muslime als seine Blutsbrüder nannte, war im Jahr 1947 nicht bei allen beliebt.

Gespräch auf höchster Ebene

Glauben und Finanz

Seit 2002 haben sich der Weltkirchenrat, der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank verpflichtet, einen Prozess des Dialogs über die jeweils eigene Sicht der Entwicklungshilfe und über die jeweiligen Rollen und Herausforderungen zu führen, denen sich diese drei Organisationen stellen müssen. Ende Oktober kam es in den Räumlichkeiten des Weltkirchenrates zur dritten Begegnung auf höchster Ebene. Das dreistündige Treffen wurde vom Präsidenten der internationalen Vereinigung von Initiativen der Veränderung, Dr. Cornelio Sommaruga, moderiert.

Der ursprüngliche Impuls zum Dialog zwischen Weltkirchenrat und den Bretton-Woods-Institutionen war im Jahre 2000 vom IWF gekommen als Reaktion auf die kritischen öffentlichen Stellungnahmen des Weltkirchenrates gegenüber dem IWF und der Weltbank. Seit dem Beginn des Prozesses im Jahre 2002 war es zu zwei sogenannten «High Level Encounters» und zu zahlreichen anderen Treffen gekommen.

In seiner Einführung sprach Cornelio Sommaruga über die Notwendigkeit des Grundsatzdialogs zwischen Glaubensgemeinschaften und wirtschaftlichen Institutionen, welche einen grossen Einfluss auf die Situation der Ärmsten dieser Welt hätten. Er begrüßte in der Folge den Präsidenten der Weltbankgruppe James Wolfensohn, den Vizegeneraldirektor des IWF Agustin Carstens, die Präsidentin des Weltkirchenrates Dr. Agnes Abuom und den Generalsekretär des Weltkirchenrates Dr. Samuel Kobia, welche diese Gesprächsrunde komplettierten.

«Wir haben uns heute getroffen, um die ökonomische Realität zu betrachten und, unter Berücksichtigung unserer gemeinsamen ethischen Prinzipien, über diese Realitäten nachzudenken», sagte Dr. Samuel Kobia und fügte an: «Es ist nicht unser Ziel, Kampflinien zwischen wirtschaftlichem Pragmatismus und einer frommen Form des jenseitigen Idealismus zu schaffen. Unser Ziel ist es, nach möglichen Auswegen für eine globale Gerechtigkeit zu suchen, damit alle Menschen einen fairen Anteil am weltweiten Reichtum haben können.»

Kobia betonte, dass die Vision der Weltbank von einer Welt frei von Armut sich

grösstenteils mit der des Weltkirchenrates decke. Er zeigte sich aber besorgt über das Vorgehen der Weltbank, welches eher auf eine Reduktion der Armut als auf deren Beseitigung ziele. Die Weltbank gehe tröpfchenweise von oben nach unten vor und scheine davon auszugehen, dass ein Teil der Weltbevölkerung in Zukunft sowieso an den Folgen der Armut leiden müsste, so Kobia.

Umgesetzte Nächstenliebe

Agnes Abuom sprach von der «Wirtschaft der Champagner-Klasse», bei der 20% der Bevölkerung mehr als 80% des globalen Reichtums besitze. Dieser Missstand könne nicht mit dem Werkzeug von Wirtschaftsfachleuten behoben werden. «Hierzu braucht man ethische

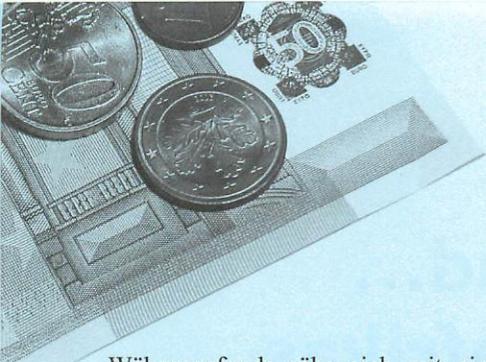
Werkzeuge und die Umsetzung des Gebots der Nächstenliebe.»

James Wolfensohn von der Weltbankgruppe verteidigte das Engagement der Weltbank für die Bekämpfung der Armut. Leider sei es so, sagte er, dass die Welt von Angst und nicht vom Glauben dominiert werde. Er sei überzeugt, dass die meisten Menschen eine Veränderung auf der Welt erwirken wollten. Er sprach weiter von seinen persönlichen systematischen Bestrebungen, Jugendgruppen zu besuchen und sie in die Zukunftsplanung einzuschliessen.

Agustin Carstens vom IWF formulierte den Auftrag seiner Institution zur Förderung der Stabilität in den internationalen Währungssystemen und der Öffnung der Märkte für den internationalen Handel und Zahlungsverkehr. Der Internationale



Agustin Carstens, Vizegeneraldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF); James D. Wolfensohn, Präsident der Weltbank; Dr. Cornelio Sommaruga; Samuel Kobia, Generalsekretär des Weltkirchenrates; Dr. Agnes Abuom, Präsidentin des Weltkirchenrates



Währungsfonds sähe sich mit einigen Spannungen bei der Unterstützung einiger sogenannter Niedriglohnländer konfrontiert. «Wir wurden nicht als Entwicklungsinstitution konzipiert, und wir verfügen auch nicht über die notwendigen Ressourcen, Unterstützungen in der

Art von Langzeitentwicklungskrediten zu gewähren, die viele Niedriglohnländer benötigen. Aber wir müssen allen unseren Mitgliedern dienen», sagte Carstens.

In seiner Abschlussbemerkung begrüßte Cornelio Sommaruga «die grosse Qualität Offenheit dieses Dialogs» und erinnerte die Anwesenden an die rund 1,2 Milliarden Menschen, die in extremer Armut leben, und an die Bedrohung durch HIV/AIDS. Er betonte die wichti-

ge Rolle der Frauen, der Jugend und der Minderheiten sowie die von gemeinschaftlichen Entwicklungsprogrammen, der guten Regierungsführung und des Kampfes gegen Korruption.

In einer gemeinsamen Schlusserklärung verpflichteten sich die drei teilnehmenden Organisationen, den Prozess des Dialogs aufrechtzuerhalten. Weiter nahmen sie sich vor, Bündnisse einzugehen, wo auch immer diese sich für die gemeinsamen Ziele als zweckdienlich erwiesen.

Caux Round Table Global Dialogue in Japan

«Zwischen Profit und Verantwortung»

Vom 22. bis zum 24. Oktober 2004 fand in Gotemba, Japan, in den Räumlichkeiten der *Japan Federation of Economic Organizations* «Keidanren» (Vereinigung japanischer Wirtschaftsorganisationen) die 19. Auflage des *Caux Round Table Global Dialogue* statt. Das Thema der diesjährigen Konferenz war «Moving Beyond Conflict: Balancing Profit and Duty under the Caux Round Table Principles for Business» (Sich jenseits des Konflikts bewegen: Profit und Verpflichtung unter Beachtung der Prinzipien des *Caux Round Table for Business* in Einklang bringen). Zu den 116 Teilnehmenden aus aller Welt zählte auch Bernard de Riedmatten, der Präsident der Stiftung *Caux – Initiativen der Veränderung*.

«Die Konferenz hat einen interessanten und lebhaften Austausch über die von der *Caux Round Table* verfolgten Ziele, mit besonderem Augenmerk auf deren praktische Umsetzung im diesjährigen Gastgeberland Japan ermöglicht», berichtete de Riedmatten. Die Teilnehmenden hätten über Themen debattiert wie die wachsende Globalisierung, die Einhaltung der Menschenrechte in wirtschaftlichen Prozessen und über die Rolle, die Unternehmen dabei spielen würden.

Insbesondere sei nach praktischen Möglichkeiten gesucht worden, durch welche private Unternehmungen unter Beachtung der Prinzipien der Verantwortung aller Beteiligten (stakeholder responsibility) den grösstmöglichen Nutzen für die Gesellschaft bringen können, betonten die Verantwortlichen der CRT in ihrem Abschlussbericht und hoben den Wert einer guten Corporate Governance hervor. Unternehmen sollten bestrebt sein, sowohl den Wert ihres Humankapitals als auch ihres Ansehens und ihres Sozialkapitals auszubauen. Es sei notwendig

soziale und ethische Werte in die Unternehmensphilosophien einfließen zu lassen. Gemeinsam mit der Rentabilität würden diese den höchsten Wert eines Unternehmens darstellen, hiess es weiter. Die Einbindung von ethisch und sozial verantwortbaren Perspektiven sei deshalb eine Investition in eine profitablere Unternehmung.

Eine weitere Forderung lautete, dass die Entscheidungsprozesse einer Unternehmung immer auf langfristiger Sicht, d. h. auf Nachhaltigkeit, beruhen müssten. Leider zwingt der Druck des Marktes, insbesondere der Finanzmarkt, das obere Management von öffentlich gehandelten Firmen, innerhalb kürzester Zeit Gewinne zu erzielen, was wiederum kurzfristig ausgerichtete Entscheidungen fördere.

Synergien nutzen

Die Teilnehmenden hoben die wichtige Rolle von Unternehmen bei der Gestaltung des globalen Marktes hervor. Grosse multinationale Konzerne hätten die



Caux Round Table Global Dialogue in Japan

Möglichkeit, auf der ganzen Welt Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grunde liege es in ihrem Verantwortungsbereich, Verbesserungen im institutionellen Rahmenwerk des sich rasch verbreitenden globalen Kapitalismus anzubringen.

Weitere behandelte Themen waren die Weiterverbreitung der *CRT Principles for Business* von 1994 und deren Anwendung in unterschiedlichen Kulturen sowie eine mögliche Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Institutionen wie dem von der UNO initiierten *Global Compact*.

Japans Beitrag für den Frieden

De Riedmatten nutzte seinen Aufenthalt in Japan, um sich mit Vertretern der japanischen Organisation der Initiativen der Veränderung zu treffen. Er wurde ausserdem zu einem Briefing mit Parlamentsmitglied Yukihisa Fujita und einer Anzahl Abgeordneter verschiedener Parteien und zu einem Gespräch mit der Präsidentin der *Japan International Cooperation Agency* (JICA) Sadako Ogata eingeladen. Beide Begegnungen dienten unter anderem dazu, über ein mögliches konstruktives Mitwirken Japans an Friedensprogrammen für den Mittleren Osten wie z. B. der *Genfer Initiative* zu beraten.

Pionier der Veränderung

Spitzensportler, Pfarrer und... Vorreiter eines freien Südafrikas

George Murray Daneel war der erste ehemalige Springbok-Rugby-Spieler, der hundert Jahre alt wurde. Er war auch einer der allerersten protestantischen Pfarrer Südafrikas, die sich klar gegen Apartheid aussprachen – und zwar 45 Jahre bevor die Synode seiner Niederländisch-Reformierten Kirche es endlich schaffte, dieses System unmissverständlich zu verurteilen.

George Daneel wurde 1904 in Calvinia in der nördlichen Kapregion geboren. Er war eines von neun Kindern eines Landpfarrers. Nach dem Tod seiner Frau Joey zog er in die Weingegend des Kaps, wo er im August, umgeben von seiner Familie, seinen 100. Geburtstag feierte. Sein sportliches Springbok-Training kam ihm gut zu stehen, er spielte bis kurz vor seinem Neunzigsten Tennis.

«Es gab eine Zeit, in der ich keinem Schwarzen die Hand gedrückt hätte... Nicht einmal weil ich etwas gegen Schwarze hatte, sondern aufgrund meiner Erziehung. Später habe ich dann begriffen, dass nicht Gott mich in meinen Beziehungen zu Menschen dunkler Hautfarbe lenkte, sondern die Tradition und die Angst davor, was man in meiner Afrikaander Umgebung darüber sagen würde.»

(George Daneel bei einer Rede vor den Mitgliedern der Südafrikanischen Vereinigung Schwarzer Geistlicher IDAMASA.)

Nach der 1931–1932 erfolgreichen Tour auf den Britischen Inseln hängte Daneel, auf dem Höhepunkt seiner Rugby-Karriere, seine Schuhe an den Nagel, um sein Theologiestudium an der Universität von Stellenbosch zu beenden. Im Jahr darauf wurde er zum Pfarrer der *Nederduitse Gereformeerde Kerk* ordiniert.

Als Starspieler des Springbok-Rugby-Teams und als Pfarrer der Dutch Reformed Church war Daneel in beiden «Religionen» des Afrikaandertums berühmt geworden.

Noch während der Britischen Tour war es zu einer Begegnung mit der Oxford-Gruppe, einer Bewegung der Moralischen Aufrüstung, und deren Gründer Frank Buchman gekommen. «Bis dahin hatte Rugby mein Leben bestimmt», sagte er später: «aber nachdem ich Dr. Buchman gehört hatte, sah ich ein, dass es noch wichtiger sei, ändern zu helfen. Dank MRA begann ich, auch mein eigenes Leben an den Massstäben des Christentums zu messen.»

Die Begegnung säte auch Samen des Zweifels in ihm über das soziale und politische System, in dem er lebte. Dies sollte später dazu führen, dass er zum öffentlichen Ankläger gegen die Apartheid wurde, was wiederum sowohl mit den politischen Führern seines Landes wie auch den Ältesten seiner Kirche zu Auseinandersetzungen führen sollte. 1940 heiratete er Joey Stolp, deren Vater zum Kommando gehört hatte, das den jungen Winston Churchill während des Anglo-Burenkriegs gefangen genommen hatte. Während des Zweiten Weltkrieges diente Daneel als Militärseelsorger in der südafrikanischen Armee in der Western-Desert-Kampagne, auch in El

Alamein und später in Italien. Nach der Heimkehr aus dem Krieg arbeitete er als Gemeindepfarrer, bis er 1953 an einer mehrrassigen Konferenz in Lusaka teilnahm, die von der damaligen Moralischen Aufrüstung organisiert wurde. Unter den andern jungen südafrikanischen Teilnehmern war auch William Nkomo, der erste Präsident der radikalen Jugendliga des *Afrikanischen Nationalkongresses* ANC. Zum ersten Mal hatten Daneel und seine Frau die Gelegenheit, Schwarzen als Gleichberechtigten zu begegnen. «Es war ein erschütterndes Erlebnis; meine Eltern waren zwar fromme Christen», sagte er, «aber wenn unsere farbigen Bediensteten an den Familiengebieten teilnahmen, mussten diese am Boden sitzen.» Plötzlich wurde er sich des vollen Umfangs seiner Überheblichkeit bewusst. «Ich sah, dass es hier nicht nur um eine falsche Beziehung zu ändern Menschen ging; es war eine Sünde vor Gott.» Er entschuldigte sich öffentlich bei den schwarzen Tagungsteilnehmern. «Von da an war ich mir bewusst, dass die Beziehung zwischen Schwarz und Weiss das grösste Problem unseres Landes sei.»

Daneel kündete seine Stellung in Grahamstown, um sich voll für die Änderung der rassistischen Einstellungen einzusetzen, die er vor allem als moralisches und geistiges Problem erkannte. Siebenunddreissig Jahre später begegnete ich ihm in Namibia, am Vorabend der Unabhängigkeit dieses Landes, und er meinte:

«Viele hoffen, dass politische Veränderungen die notwendigen ändern Veränderungen zeitigen werden. Ich meine, es funktioniere genau umgekehrt, zuerst



Vor 50 Jahren: George Daneel mit William Nkomo, Gründer der ANC-Jugendliga

bedarf es der moralischen und geistigen Veränderung, die dann weiter zu politischer Veränderung führt.»

Dies erklärt vielleicht, wieso Daneel – anders als sein militanter Kollege Bayers Naudé – nie aus seiner Kirche ausgetreten und auch nie seine Beziehung zum Afrikaandertum abbrechen wollte. Auch wenn seine eigene entschiedene Haltung diskreter ausfiel, zog er sowohl den Zorn des Architekten der Apartheid, Hendrik Verwoerd, als auch jenen seines Nachfolgers John Vorster auf sich. Als schliesslich Jahre später die politischen Veränderungen endlich durchgriffen, feierte Daneel daher von Herzen mit.

Damals, kurz nach der Tagung von Lusaka, erklärte Daneel seine Überzeugung öffentlich in einem überfüllten Saal des Kapstadter Rathauses und vergewisserte sich, dass von diesem Moment an alle Anlässe der MRA für alle Rassen offen standen.

In einem Schreiben an Daneel kritisierte Ministerpräsident Verwoerd die MRA strengstens dafür, «dass sie nicht auf der Grundlage getrennter Entwicklung arbeite».

Schon 1972, an der Generalsynode der Niederländisch-Reformierten Kirche, bezeichnete Daneel rassistische Vorurteile als «sündhaft in den Augen Gottes». Seine Rede wurde mit Protestrufen wie: «Hau ab, geh nach Mosambik!» quittiert. Auch die Motion eines andern Delegierten, Professor Ben Marais, der verlangte, die Kirche möge ihre Tore für Menschen aller Rassen öffnen, stiess auf taube Ohren.

Daneel und seine Kollegen machten unbeirrt weiter und organisierten zwei Jahre später die erste mehrrassige, internationale Konferenz in Südafrika, an der alle Delegierten im gleichen Gebäude untergebracht waren. «Wir hatten realisiert, dass wir nicht mehr länger einfach sagen konnten, wir treffen uns tagsüber und am Abend kehrt jeder in seine eigene Gegend zurück.» Die Erlaubnis für die gemeinsame Unterbringung musste auf Kabinettsebene eingeholt werden und wurde schliesslich auch erteilt.

1978 forderte Daneel in einem Schreiben an John Vorster «ein öffentliches Schuldgeständnis und eine Verhaltensänderung» seitens des Afrikaandertums.

«Mein Verhalten trug seinen Teil dazu bei, die Kluft zwischen Schwarz und Weiss zu vergrössern; meine Vorurteile und mein Gefühl der Überlegenheit verletzten nicht nur die Würde der Schwarzen, sondern waren eine Beleidigung Gottes und eine Ablehnung seines Gebots der Nächstenliebe. Die Tatsache, dass ich diese Einstellung von meinen Vorfahren geerbt hatte, minderte ihre Schuldhaftigkeit keineswegs.»

Vorster bestellte ihn zu einem Interview, in dem er die Regierungspolitik rechtfertigte. Erst später, nach Vorsters Tod, erfuhr Daneel, dass dieser gesagt haben sollte, «Daneel hatte eben doch Recht». *Ausschnitte aus einem Nachruf von Mary Lean in The Independent vom 27. Oktober 2004*

DIE CAUX-INFORMATION BERICHTET ÜBER INITIATIVEN, DIE...

- Wunden der Geschichte heilen
- die moralischen und geistigen Grundlagen der Demokratie stärken
- Verantwortung in der Familie und in persönlichen Beziehungen fördern
- Hoffnung in Städten und Gemeinwesen beleben
- die Ursachen von Armut und Korruption angehen
- ethisches Engagement in Unternehmen und im Berufsleben fördern
- Verbindungen zwischen Menschen verschiedener Kulturen schaffen

Jürg Bischoff im Gespräch mit Cornelio Sommaruga

Diplomatie im Dienste der Menschlichkeit

In den Jahren als Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes wurde Cornelio Sommaruga in der internationalen Öffentlichkeit und Diplomatie als «leidenschaftlicher Verfechter der Menschlichkeit und des Völkerrechts» bekannt. In dem im NZZ-Verlag Ende letzten Jahres erschienenen Buch «Cornelio Sommaruga – Diplomatie im Dienste der Menschlichkeit» skizziert der NZZ-Auslandsredaktor Jürg Bischoff in Gesprächen mit dem aktuellen Präsidenten des internationalen Dachverbandes der Initiativen der Veränderung Cornelio Sommaruga, dessen Werdegang bis hin zur Präsidentschaft des IKRK und darüber hinaus.

Das Buch bietet dem Leser einen Einblick in den Ablauf moderner Konflikte und in die daraus resultierenden humanitären Krisen. Es gibt ebenfalls einen Eindruck über die verschlungene Diplomatie, die oft im Umfeld humanitärer Aktionen und für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts notwendig ist. Doch vor allem zeigt es die Arbeit auf, die oft ohne viel Aufhebens und Publizität geleistet wird, um die Leiden der Bevölkerung in Konfliktregionen zu lindern.

Sein Engagement für Caux, so Sommaruga im Buch, stehe im Zeichen der Begegnung. Die jährlichen Sommerkonferenzen von Caux hätten zum Ziel, die Versöhnung und das ethische Verhalten zu fördern. Diese würden dem Dialog zwischen Kulturen, Gemeinschaften und Parteien dienen.

Der Autor Jürg Bischoff arbeitete selber während fast zehn Jahren für das IKRK. Er war Delegierter in verschiedenen afrikanischen und nahöstlichen Krisengebieten

und Pressesprecher und Assistent des Präsidenten während Sommarugas Amtszeit. Im Vorwort beschreibt Kofi Annan den Inhalt des Buches als «Zeugnis der Bedeutung von humanitärer Aktion und der Notwendigkeit, dass die humanitären Prinzipien von den Parteien in einem Krieg beachtet und von der internationalen Gemeinschaft leidenschaftlich verteidigt werden müssen».



Jürg Bischoff im Gespräch mit Cornelio Sommaruga: Diplomatie im Dienste der Menschlichkeit.

Verlag: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
ISBN: 3-03-823110-X

Zum Thema Globalisierung

Zwei Bücher, zwei Blickwinkel

Zwei Beiträge zum Thema Globalisierung, die sich bloss beim ersten Hinsehen zu widersprechen scheinen. Bei näherer Betrachtung entdeckt man nämlich ähnliche Fragestellungen. Letztendlich rufen beide Autoren – jeder auf seine Art – zur «Globalisierung der Verantwortung» auf.

Nach der Globalisierung

Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert
Welchen Nutzen bringt die Globalisierung den Entwicklungsländern? Wo schadet sie ihnen? Was sind die möglichen Alternativen?

Mit diesen Fragen setzt sich Peter Niggli als Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke der Schweiz auseinander. Nach einer Analyse des internationalen Umfelds, mit dem sich die Entwicklungsländer und die entwicklungspolitisch engagierten Organisationen auseinander setzen müssen, erklärt er die wichtigsten Entwicklungen der letzten

Jahre. Das von ihm gezogene Fazit ist eindeutig: die von den Industrieländern diktierte Wirtschaftspolitik war für die meisten Entwicklungsländer nachteilig. Peter Niggli hegt keine Zweifel. Ein grundlegender Kurswechsel ist notwendig. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke fordert er eine «Deglobalisierung», um eine andere neue Form der Globalisierung zu ermöglichen.

Das Buch dokumentiert die Globalisierungsanalyse und die entwicklungspolitische Strategie der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und zeigt konkrete und realistische Alternativen zur heutigen Politik der wirtschaftlichen Globalisierung auf.

Stephen Young:
Moral Capitalism Reconciling PRIVATE INTEREST with the PUBLIC GOOD.



Verlag: MCGRAW-HILL
ISBN: 1-57675-257-7

Peter Niggli:
Nach der Globalisierung – Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert



Verlag: ROTPUNKTVERLAG, ZÜRICH
ISBN: 3-85869-285-9

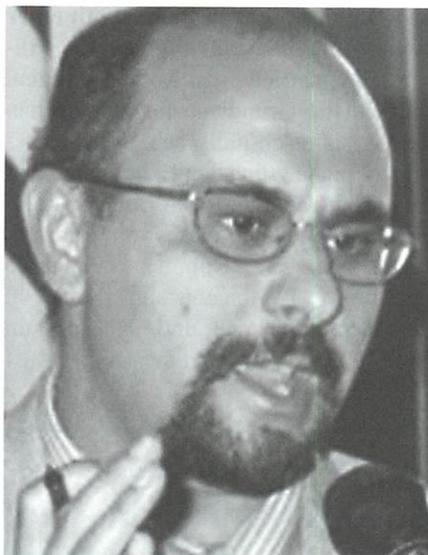
Der «Calgary Herald» über Hisham Chehab

Vom Zorn zur Vergebung

Der «Calgary Herald» druckte am ersten November 2004 einen ganzseitigen Bericht über den ehemaligen Heckenschützen und jetzigen libanesischen Friedensaktivisten Hisham Chehab. Der kanadische Journalist Joe Woodart zählt in seinem Artikel die wichtigsten Stationen des Lebens Chehabs auf und beschreibt die erstaunliche Wandlung des einstigen Extremisten.

Als Jugendlicher sei er mit seinem Bruder von muslimischen Milizen rekrutiert und zum Heckenschützen ausgebildet worden. Er sei damals der Überzeugung gewesen, dass Christen Spione Israels seien und dass die einzige Hoffnung für den Frieden die Errichtung eines weltumspannenden Muslimischen Staates sei.

1992 kam es zum Waffenstillstand und Hisham Chehab sehnte sich nach Frieden. Gemeinsam mit dem muslimischen Bürgermeister eines Beiruter Vororts gründete er eine Nichtregierungsorganisation, die den muslimisch-christlichen Dialog fördern sollte. Erst im Jahre 2000, anlässlich einer Konferenz der damaligen *Moralischen Aufrüstung* in



Hisham Chehab

Caux, habe er seine Geschichte anderen mitteilen und somit sein Gewissen erleichtern können.

Heute vertritt Chehab «neben seinem täglichen Job als Journalist ... die interreligiöse Gruppierung der *Initiativen der Veränderung* im Libanon».

«BBC-News online Magazine»

Über die Kunst der echten Entschuldigung

Der britische Journalist Brendan O'Neill schrieb im «BBC-News online Magazine» einen kritischen Bericht über den «Trend in diplomatischen Kreisen», für Fehlverhalten um Verzeihung zu bitten. O'Neill stellte die Frage, ob ein paar ausgewählte Worte ausreichend seien, um schmerzhaft Wunden zu heilen, die ein grobes Fehlverhalten hinterlassen habe. In seinem Text zitiert er John Bond vom australischen «*National Sorry Day Committee*» (siehe CI 2/04 und 3/04): «In Australien haben die Entschuldigungen der verschiedenen Gliedstaatenregierungen, der Kirchen und weiterer Körperschaften viel dazu beigetragen, jenen Menschen ihre Würde zurückzugeben, denen sie geraubt wurde.» Zudem habe ihnen diese Bitte um Entschuldigungen «die Hoffnung gegeben, dass sie doch einen Platz in der australischen Gesellschaft haben».

Ausgangspunkt des Artikels war die in der britischen Öffentlichkeit thematisierte Aufforderung an Premierminister Tony Blair, sich für den Krieg im Irak zu entschuldigen.

Moralischer Kapitalismus

Private Interessen mit dem Gemeinwohl in Einklang bringen

Das Buch des Geschäftsführers der *Caux Round Table* Stephen Young ist als Leitfaden zur praktischen Umsetzung des CRT-Kodexes zu verstehen. Es zeigt dem Leser auf, wie man Marktkapitalismus und Globalisierung mit ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit in Einklang bringen und die entstandene Wertschöpfung auch für Menschen und Gesellschaften verbessern kann. In seinem Buch analysiert Young in verschiedenen Kulturkreisen die ethischen Werte in Bezug auf betriebswirtschaftliche Resultate. Dabei kommt er zum Schluss, dass diese Werte einen direkten Einfluss auf die Geschäftsergebnisse haben.

«Vaart Land», Oslo

Imam Sajid in Norwegen

Der Journalist Geir Ove Bjartveit von der norwegischen Tageszeitung «Vaart Land» nahm den Besuch von Imam Abduljalil Sajid aus Brighton im Oktober 2004 in Oslo zum Anlass für ein längeres Interview. Der aus Pakistan stammende Imam Sajid, Vorsitzender des *Islamischen Rates für Harmonie unter den Rassen und Religionen in Grossbritannien*, kritisierte in diesem Gespräch unter anderem die Vorgehensweise der britischen Regierung im Irak. «Es gibt bessere Wege, mit einem ungeliebten Führer fertig zu werden, als militärische Mittel», sagte Sajid. Er wies insbesondere auf die Tatsache hin, dass sich die Sicherheit der irakischen Bevölkerung nach der militärischen Intervention, die von der britischen Regierung unterstützt worden sei, deutlich ver-

schlechtert habe. Zwei Wochen zuvor sei er mit dem britischen Premierminister Tony Blair anlässlich des Parteitages der Labour-Partei in Brighton zusammengekommen und habe ihn gebeten, sich zu entschuldigen. «Wir sind menschliche Wesen und machen Fehler. Wir dürfen auch nicht zögern, das zuzugeben. Wir müssen um Verzeihung bitten.»

Während seines Aufenthalts in Norwegen traf sich Imam Sajid unter anderem mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Kjell Magne Bondevik.



150 Imame und Rabbiner für den Frieden

Der 1. Weltkongress der Rabbiner und Imame für den Frieden ist am Donnerstag, 6. Januar in Brüssel mit einer gemeinsamen Erklärung von 150 führenden Geistlichen zu Ende gegangen. Sie soll die Grundlage für den Aufbau eines islamisch-jüdischen Netzwerkes bilden, um letztlich den Extremisten und religiösen Fanatikern den Boden zu entziehen. Die Idee für dieses vom französischen Netzwerk Hommes de Parole organisierte Treffen entstand, als sich 40 Personen aus Israel und Palästina im Juni 2003 in Caux zu einer ersten Aussprache trafen.



Imame und Rabbiner im Dialog

Winterkonferenz: Europa verstehen – Europa leben

Unter diesem Thema fanden sich vom 26. Dezember bis zum 2. Januar 120 Teilnehmende aller Generationen u.a. aus 16 europäischen Ländern in Caux ein. Hier folgen Kurzzitate aus einigen Rückmeldungen:

- Die Broschüre von Caux: «Europa verstehen – Europa leben» fand sofort unser Interesse. Viele Fragen zu diesem Thema beschäftigen uns fast täglich. Schon im Kindergarten, wo immer mehr Kinder verschiedener Nationen zusammenleben, steht diese Thematik im Raum.
- Diese Tagung hat meinen Horizont erweitert, mein Verständnis für Europa, sie hat Vorurteile abgebaut und mir ein Gefühl gegeben, dass es trotz aller Europamüdigkeit ein Privileg ist, in dieser interessanten Völkergemeinschaft zu leben.
- Herr Blume aus Stuttgart, Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg als Berater in religiösen Fragen, zeigte uns in seiner Powerpoint-Präsentation auf, dass in Stuttgart und Umgebung sieben verschiedene Religionen ihre Heimat gefunden haben.
- Leider war es den Kindern und mir nicht möglich, bis zum Ende der Konferenz zu bleiben. Trotzdem ist unsere Vorstellung über das «Verstehen und Leben von Europa» viel klarer geworden und wir gehen bewusster und sorgfältiger in den Alltag.
- Melanie: «Mit den «Press-Kids» war es super und unsere Konferenzzeitung freut mich!»
- Marco: «Ich freue mich sehr, dass ich Kevin aus Holland kennen gelernt habe. Obwohl wir nicht die gleiche Sprache sprechen, verstehen wir uns gut.»

Für Ihre Agenda: Ende April in Luzern

Bitte notieren Sie sich bereits jetzt den Freitagabend, 29. April 2005, ab 17.30 Uhr in Luzern.

Die Stiftung CAUX – *Initiativen der Veränderung* lädt ein zu einem Podiumsgespräch mit dem Thema

Ausländerintegration: Verständigung fördern – Zusammenleben erleichtern

Experten im Bereich der Integrationsarbeit sowie Migrantinnen und Migranten werden ihre Überlegungen, Vorschläge und Erfahrungen einbringen und Fragen beantworten.

Die Veranstaltung ist öffentlich und bietet anschliessend Gelegenheit zu informellen Gesprächen.

Der Tagungsort und die Namen der Gesprächsteilnehmer werden ab dem 20. Februar auf unserer Website www.caux.ch bekannt gegeben. Diese Informationen erhalten Sie auch über unsere Adresse und über luzernoffice@caux.ch

Anmeldungen bis zum 29. März 2005:
Stiftung Caux
Postfach 4419, 6002 Luzern
Tel. 041 311 22 13; Fax 041 311 22 14

AZB
6002 Luzern 2
PP/Journal
CH-6002 Luzern